

Kartoffel-Puffer

Etwas faul im Staate Trumans

Unterstützungen im Werte von 11 Millionen Pfund zahlt die britische Regierung ihren Bauern für Kartoffeln, um die Einzelhandelspreise niedrig zu halten. Sie erntet damit Lob und Dank bei den englischen Hausfrauen.

Unterstützungen im Werte von 20 Millionen Pfund zahlt die amerikanische Regierung ihren Bauern für Kartoffeln, um die Einzelhandelspreise hoch zu halten. Sie erntet damit Schimpf und Schande bei den amerikanischen Hausfrauen.

Dabei stellt die letzte Ernte in den Vereinigten Staaten alle bisherigen Kartoffelrekorde in den Schatten. Es wurden 475 Millionen Bushel mehr geerntet als die 141 Millionen Amerikaner mit aller Gewalt verzehren könnten.

Allen ökonomischen Schulweisheiten zuwider fielen nach dieser Rekordernte die Preise nicht. Sie zogen im Gegenteil weiter an. Dem Gesetz von Angebot und Nachfrage auf dem amerikanischen Kartoffelmarkt steht ein anderes entgegen.

Es heißt „Steagall — Amendment“ und ist eine Vereinbarung, die während des Krieges zwischen den Farmern und der Regierung Präsident Roosevelts getroffen wurde.

Das Gesetz war der Zuckerbonbon für die freie amerikanische Landwirtschaft, nachdem sie die ersten bitteren Pillen der Preiskontrollgesetzgebung schlucken mußte.

Das Kriegsgetümmel in Europa und dem Fernen Osten half der USA-Landwirtschaft mit einem Schlage aus allen Absatzsorgen heraus und brachte gute Geschäfte. Eine endlose Schlange hungriger Nationen, die sich zur Zeit mit der Erzeugung und dem Verschleiß schwer verdaulicher Produkte befaßte, wartete auf Nahrungsmittel. Vom Corned Beef für die Russen bis zur Trockenmilch für die Engländer: Alles ließ sich für gute Preise an den Mann bringen.

Kein Krieg dauert ewig. Das wußten auch die amerikanischen Farmer noch vom letztenmal. Sie erinnerten sich noch gut an die Zeit zwischen den Kriegen, als der Weizen zum Heizmittel degradiert wurde und Kaffee tonnenweise ins Meer wanderte, weil die Preise durch das Ueberangebot auf dem Weltmarkt ins Bodenlose fielen.

In dem „Steagall-Abkommen“ besorgten sich die Farmer aus dem wilden Westen eine sichere Police gegen Absatzschwierigkeiten nach dem Kriege. In der Vereinbarung versprach die USA-Regierung den Bauern für zwei volle Jahre nach Einstellung der Feindseligkeiten feste unveränderliche Kartoffelpreise. Noch dazu hohe Preise, die auf Grund des Durchschnitts während der Blütejahre 1909 bis 1914 festgesetzt waren.

Während dieser zwei Jahre sollte den Landwirten Gelegenheit gegeben werden, sich auf Friedensproduktion umzustellen. Dadurch wäre nach Ablauf der zwei Jahre ein einschneidender Preissturz vermieden worden, wenn die Farmer ihre Produktion tatsächlich herabgesetzt hätten.

Aber Amerika ist ein freies Land. Die Bauern dachten nicht daran, den Kartoffelanbau zu verringern. Zumal inzwischen die Preiskontrolle für den Einzelhandel größtenteils aufgehoben war. Es ließen sich weit höhere Gewinne erzielen als vor dem Kriege. Sie bauten soviel Kartoffeln an, wie möglich.

Eine Mißernte hätte das Ganze noch retten können. Zum Leidwesen des amerikanischen Finanzministers war die Ernte gut. Sehr gut sogar.

Der Kartoffelüberschuß drohte das mühsam gehaltene Preisgefüge für landwirtschaftliche Erzeugnisse ins Wanken zu bringen. Das USA-Landwirtschaftsministerium sprach von einer „ernsten Kartoffelkrise“.

Auf den freien Markt durften die Uebereschußmengen nicht. Sonst wären die Kartoffeln billiger geworden, und gerade das zu verhindern, hatte die Regierung den Bauern feierlich versprochen.

So mußte die Regierung in den sauren Apfel beißen. Sie organisierte den staatlichen Einkauf von 2 500 000 Tonnen Speisekartoffeln. Ein Teil dieser Menge sollte als Puffer-Vorräte im Bedarfsfalle auf den Markt kommen.

Der Hauptanteil von 2 Millionen Tonnen wurde zu großen Kartoffelhaufen zusammengefahren und verfault dort planmäßig. Es stinkt zwar in der Umgebung dieser Kartoffelberge, aber die Preise bleiben weiterhin „stabil“.

Die amerikanische Öffentlichkeit (die Bauern ausgenommen) ist darüber erbost. Die Zeitschrift „Look“ bringt diese Tat-

Papierkrieg um Papier

60 Mann und eine Maschine

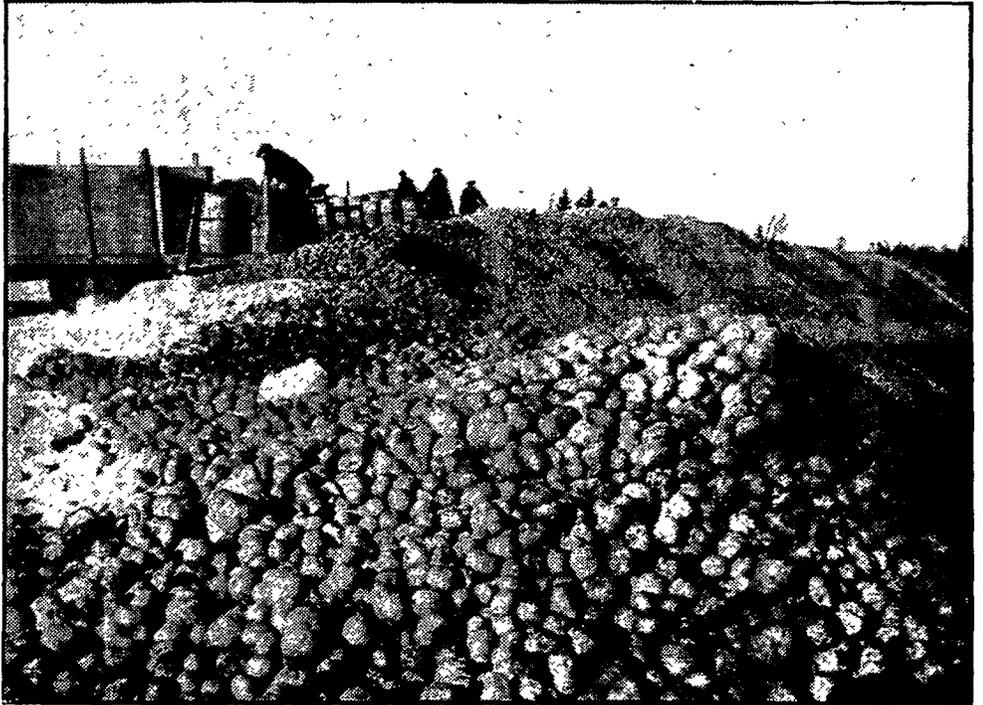
Unter den Zeitungen der britischen Besatzungszone grassiert eine Art Papier-Oedeme. Sie werden sichtlich dünner. Auf Anordnung des Zweizonen-Wirtschaftsamtes in Minden.

Die Papiererzeugung ist eines der wenigen Produktionsprobleme, an denen einmal nicht nur die Rohstoffknappheit schuld ist. Bei dem umfangreichen Einschlag-Programm der Holzwirtschaft fällt ein beachtliches Quantum für die Papierherstellung ab.

Es hapert mit dem Transport des geschlagenen Holzes. Es liegt im Harz und in der Eifel und fault oder wird gestohlen. Bei der Reichsbahn steht Papierholz in der Dringlichkeitseinstufung nicht hoch im Kurs.

Achtzehn Dringlichkeitsstufen hat die deutsche Reichsbahn. Papierstoffe rangieren in Gruppe 5 b. „Das ist das höchste der Gefühle“, sagen die Eisenbahn-Experten.

Trotzdem ist in der „Feldmühle-Papierfabrik“ in Reißholz bei Düsseldorf genug Zellstoff und Holzschliff zur Papierher-



Zwei Millionen Tonnen bester Speisekartoffeln verfaulen planmäßig nach dem Kartoffelvernichtungs-Programm der USA-Regierung

sachen unter der Schlagzeile „Hohe Gewinne für die Farmer, hohe Preise für die Hausfrauen!“ Es wird die Frage aufgeworfen, was werden soll, wenn das zweijährige Abkommen abläuft.

Nur ein Fünftel der aufgekauften Kartoffeln — 500 000 Tonnen — entgehen der Vernichtung. Sie werden zu Stärke verarbeitet oder in Alkohol umgewandelt. Große Mengen bereichern den Speisezettel der amerikanischen Schweine.

Etwa ein Zehntel der Gesamtmenge wird exportiert. Natürlich möchten die Amerikaner mehr ausführen. Einmal, um den hungernden Nationen zu helfen und zum zweiten, um wenigstens einen Teil des angelegten Geldes zu retten.

Aber Kartoffeln sind empfindlich. Sie können nur in Kühlschiffen transportiert werden. Und Kühlschiffe sind knapp. Auch in Amerika.

stellung vorhanden. Aber es läuft dort nur eine einzige Maschine.

Sie kann den zweifelhaften Ruhm für sich in Anspruch nehmen, die einzige arbeitende Papiermaschine der englischen Zone zu sein. Mit ihrer Monatsleistung von rund 1500 Tonnen Papier hält sie den kärglichen Blätterwald der britisch-kontrollierten Zeitungen zusammen.

Die Maschine ist nicht mehr die jüngste. Für den Monat Mai wird sie voraussichtlich nur 1400 Tonnen schaffen. Von dieser Menge haben die Mindener Wirtschaftsbeamten allein 230 Tonnen ihren Kollegen aller Behördengattungen zugeteilt. In den Rest teilen sich die Zeitungen und der Buchhandel.

Eine zweite Maschine mit der Monatskapazität von 850 Tonnen steht in dem Feldmühle-Werk anlaufbereit. Aber sie läuft nicht.

Rohstoff, Kohle und alle chemischen Zutaten sind vorhanden. Es fehlt an genau 60 Facharbeitern. Mit Hilfe dieser 60 Arbeitskräfte könnte die Papiererzeugung der britischen Zone um 50 Prozent höher liegen.

In Oldenburg und Schleswig-Holstein sind mehr als die benötigte Anzahl von Facharbeitern, die gern wieder ihren alten Beruf ausüben würden. Es sind Flüchtlinge aus dem Osten.

Sie müssen weiter warten, weil das Arbeits- und Wohnungsamt der neuen Landeshauptstadt an der Düssel ihnen keine Zuzugsgenehmigung erteilt. Die Wohnungsleute haben dem Feldmühle-Werk einen Vorschlag zur Güte gemacht: Wöchentlich werden ganze vier Mann eingewiesen.

Bis somit die benötigten 60 Fachleute an die Arbeit kommen, wird also noch ein Vierteljahr vergehen.

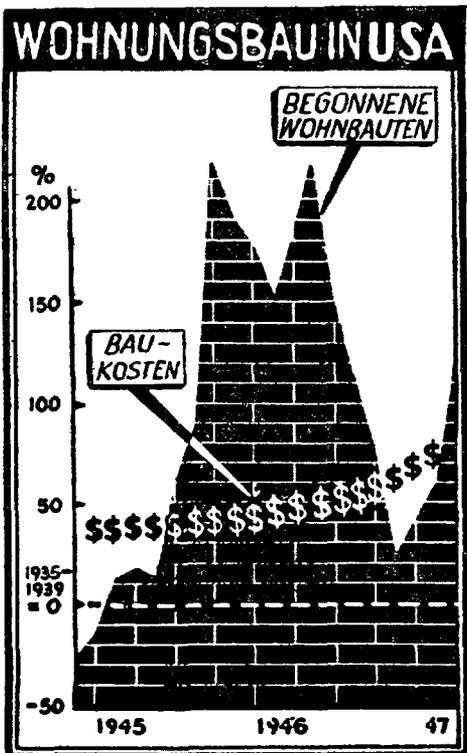
Weniger Wohnhäuser

Mehr Ehescheidungen

Radio New York jagte seinen Hörern in der vergangenen Woche einen tüchtigen Schreck ein: Ein Bericht von zehn bekannten USA-Wirtschaftlern kündigte den Vereinigten Staaten in den nächsten drei bis fünf Jahren eine gefährliche Depressionsperiode mit Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot und ähnlichen unangenehmen Begleiterscheinungen an.

Erfreulicherweise warten die zehn Wirtschaftspröpheten gleichzeitig mit einem Gegenmittel auf, einem Neun-Punkte-Programm. Sie fordern eine allgemeine Lohnerhöhung um 15 Prozent gegenüber einer Preisherabsetzung von 10 Prozent. Eines der Hauptprobleme der Nachkriegszeit, die Wohnungsfrage, soll durch die zwangsweise Herabsetzung der Baukosten um 20 Prozent gelöst werden.

Tatsächlich tanzt der Wohnungsbau in dem Blütereigen der gegenwärtigen amerikanischen Hochkonjunktur erheblich aus der Reihe. Für 1947 waren eine Million fertiggestellter Häuser geplant. 1,5 Millionen Häuserbauten sollten zum mindesten begonnen sein. Nach den betrüblichen Erfahrungen des ersten Quartals



Nachkriegsmodell für überfüllte Eisenbahnen

Englands Nachkriegsparole „Export um jeden Preis“ ist auch Leitsatz der gegenwärtigen ersten britischen Industrie-Ausstellung seit 1939 in London und Birmingham. 3200 Unternehmen aller Industriezweige Englands und der Dominions stellen aus. (Auf der Leipziger Frühjahrmesse waren es über 5000). Messesonderzüge verkehren ständig zwischen den beiden Ausstellungsorten. 700 Hotels wurden für ausländische Besucher bereitgestellt. Nachmittags von 16.30 bis 19.30 Uhr ist die Messe auch für Nicht-einkäufer geöffnet. Wie in Leipzig tragen auch auf der englischen Messe viele Waren Schilder mit der Aufschrift „Nur für Export“. Das Bild zeigt einen Kinderwagen, der mit wenigen Handgriffen in einen Koffer verwandelt werden kann.

1947 zieht sich das Handelsministerium in seinen Schätzungen auf bescheidenere Ziffern (700 000 bis 800 000 Häuser) zurück.

An Baumaterialien ist kein Mangel. Ebensovienig fehlt es an der Nachfrage. Der Wohnungsbedarf wird amtlich auf mindestens 6 Millionen Häuser geschätzt. Für die Beseitigung der berüchtigten Slums, auch in den ländlichen Bezirken, wären weitere 6 Millionen Wohnhäuser erforderlich.

Tausende von entlassenen amerikanischen Soldaten hausen in Wellblechbaracken und Wohnwagen. Fast 5 Millionen wohnen als lästige Gäste bei den Schwiegereltern oder bei Freunden. Rechtsanwälte führen es auf diese Zusammenpferchung zurück, daß die Zahl der Ehescheidungen unter den früheren Soldaten wesentlich höher ist als bei der sonstigen Bevölkerung.

Dabei stehen in den Vororten vieler amerikanischer Städte neugebaute Häuser reihenweise leer und werden zum Verkauf angeboten. 2000 allein in Chicago, hunderte in Boston. Amerikanische Tageszeitungen enthalten spaltenlange Inserate unter der Rubrik „Zu vermieten!“. Aber es sind nur wenige in der Lage, die verlangte Miete zu bezahlen.

In Detroit beispielsweise ist der Preis für ein Haus, das 1940 noch für 5090 Dollar gebaut werden konnte, heute fast 10 000 Dollar.

Ende des Krieges lag der Baukostenindex bei 137,4. (1935—1939 = 100). Nach der Aufhebung der Preiskontrolle für Baustoffe im November 1946 zogen die Preise weiter an. Der Bauindex hat 180 überschritten. Die Materialkosten betragen teilweise doppelt soviel wie 1939.

Hinzu kommt die Erhöhung der Arbeitskosten. Die Löhne sind etwa 10 Prozent

höher als vor dem Kriege. Außerdem ist es für viele Bauarbeiter Mode geworden, in der Mitte der Woche zu feiern und übers Wochenende zu arbeiten. Dafür werden dann doppelte Löhne gezahlt.

Das Arbeitstempo der amerikanischen Maurer hat sich erheblich verlangsamt, ohne daß man von allgemeiner Faulheit sprechen kann. Durchschnittlich setzte ein gelernter Maurer vor dem Kriege 700 Steine täglich. Heute beträgt die Arbeitsleistung 400—500 Steine. Es fehlt an Nachwuchs. In Chicago sind die Maurer durchschnittlich 58 Jahre alt.

Nur wenige Bauunternehmer „machen“ noch in Miethäusern. Das Geschäft lohnt sich nicht mehr. Während die Kosten weiter ansteigen, sind die Mietpreise durch staatliche Kontrolle festgelegt.

Das private Kapital der freien amerikanischen Wirtschaft wendet sich deshalb anderen Anlagemöglichkeiten zu, die größere Gewinne versprechen. In dem Programm der Bauindustrie rangieren Kinos, Kabarets und Rennbahnen vor den Wohnungen. Von 6 Milliarden Dollar, die in den letzten Wochen für Bauten investiert wurden, sind knapp ein Drittel für Wohnhäuser aufgewendet worden.

Das Wohnungsproblem macht der reichsten Nation der Erde fast ebensoviel Kopfzerbrechen wie den Habenichtsen in der zerbombten alten Welt. In mehreren amerikanischen Großstädten nächtigten entlassene USA-Soldaten in Zelten und Hängematten auf öffentlichen Parkanlagen. Aber nicht aus Not, sondern aus Protest gegen die unzureichende Wohnraumversorgung.

Auf großen Plakaten, die sie vor ihren provisorischen Nachtlagern aufgebaut hatten, stand in dicker Kreideschrift: „Genug Wohnungen für uns? Das ist ein Witz!“